

Kommunale Finanzlage und kommunale Investitionsfähigkeit

ProMobilität
Tagung „Wege aus der Krise der kommunalen Straßen“
Berlin, 24. Mai 2011

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

Gliederung

1. Situation:
Kommunale Finanz- und Investitionsunterschiede
2. Investitionsbedarfe und Investitionsförderpolitik:
Förderung mit „Nebenwirkungen“
3. Handlungsbedarf:
Wege zur Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit

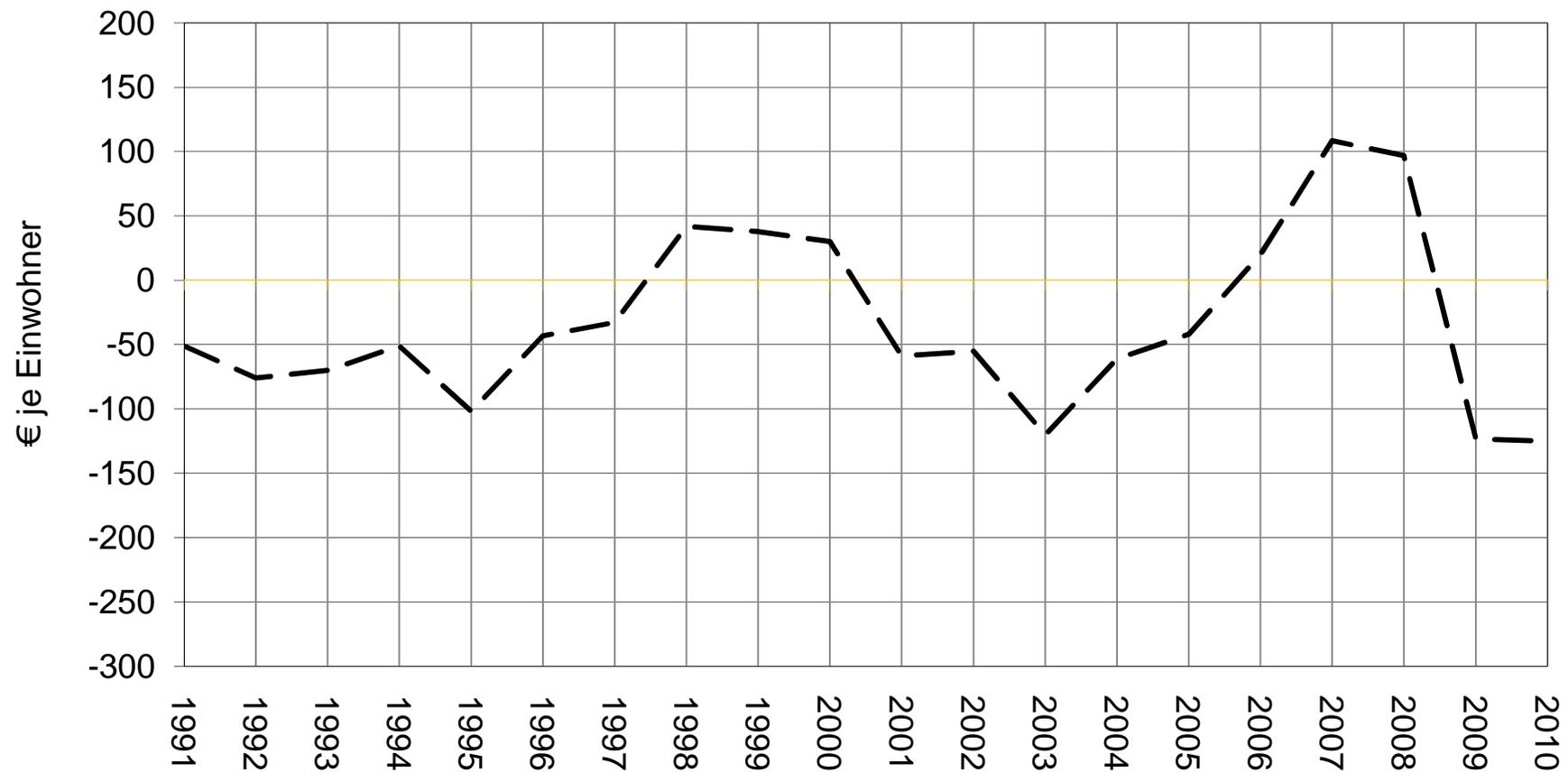
Kommunaler Finanzierungssaldo Deutschland

2006:	2,65 Mrd. Euro
2007:	8,61 Mrd. Euro
2008:	7,61 Mrd. Euro
2009:	-7,20 Mrd. Euro
2010:	-9,20 Mrd. Euro*
2011:	-9,60 Mrd. Euro**

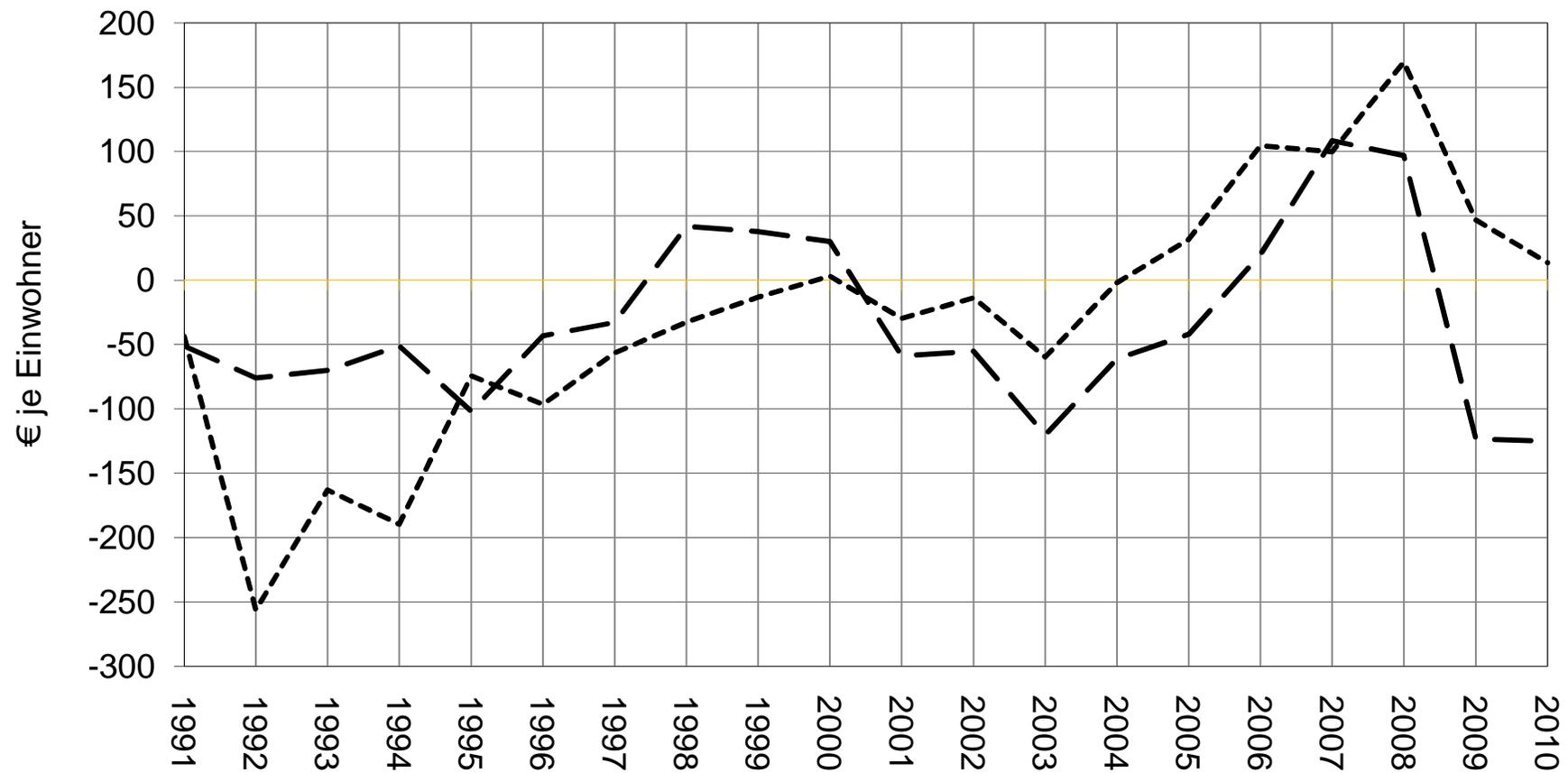
* vierteljährliches Kassenergebnis 2010

** Prognose der kommunalen Spitzenverbände

Kommunaler Finanzierungssaldo in Westdeutschland 1990 bis 2010

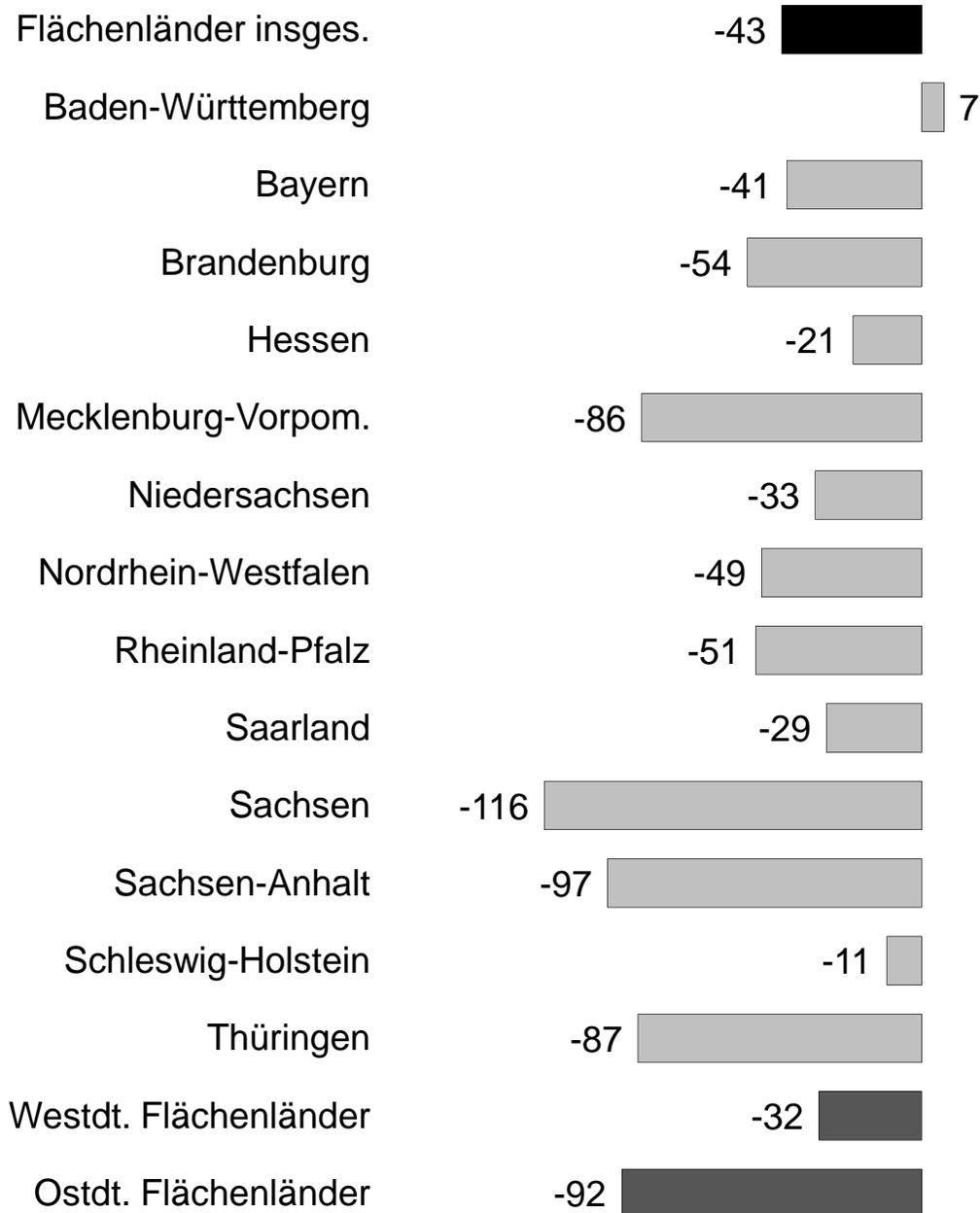


Kommunaler Finanzierungssaldo in West- und Ostdeutschland 1990 bis 2010



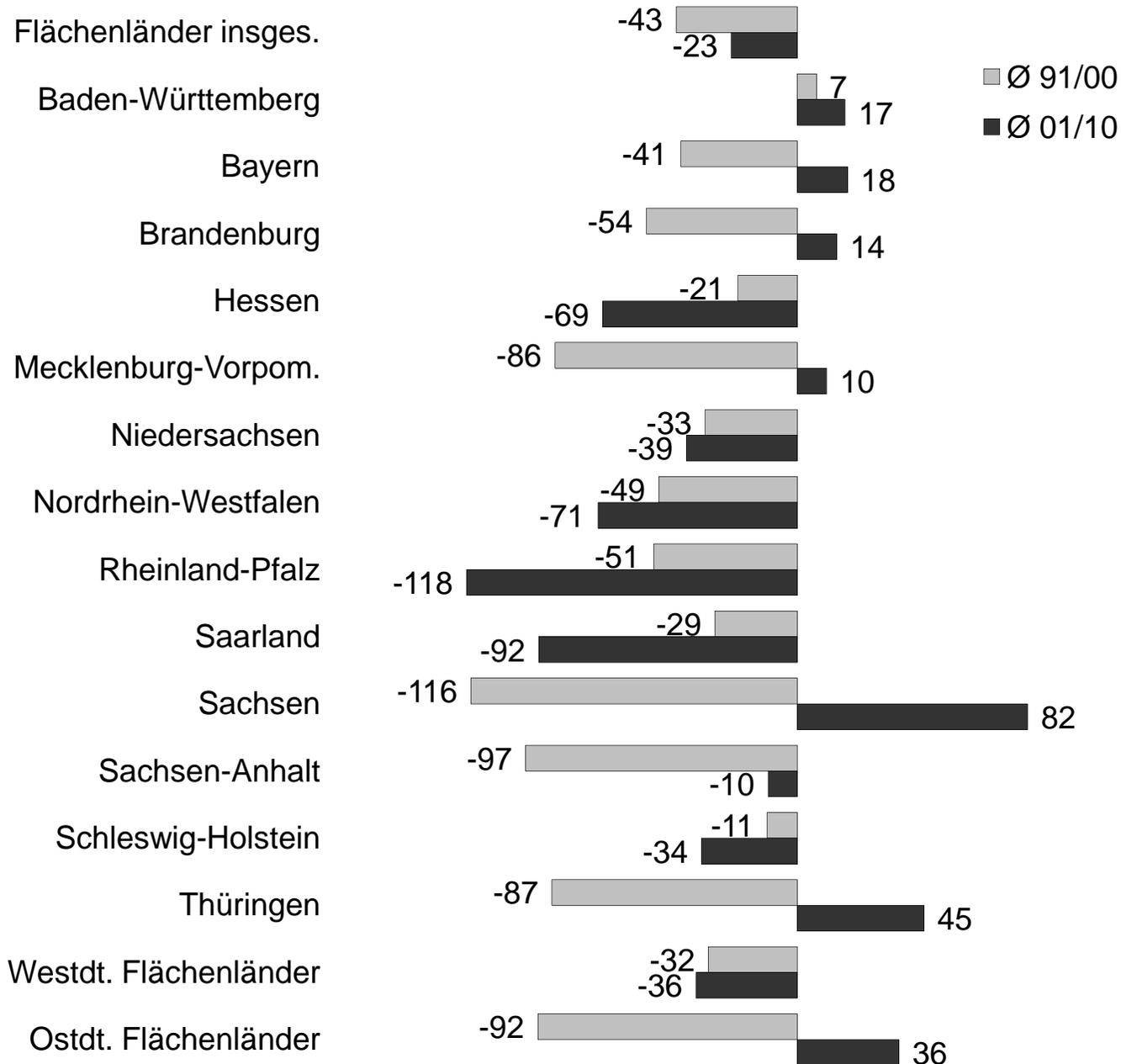
Finanzierungs- saldo

in € je Einwohner
Durchschnitt
1991/2000

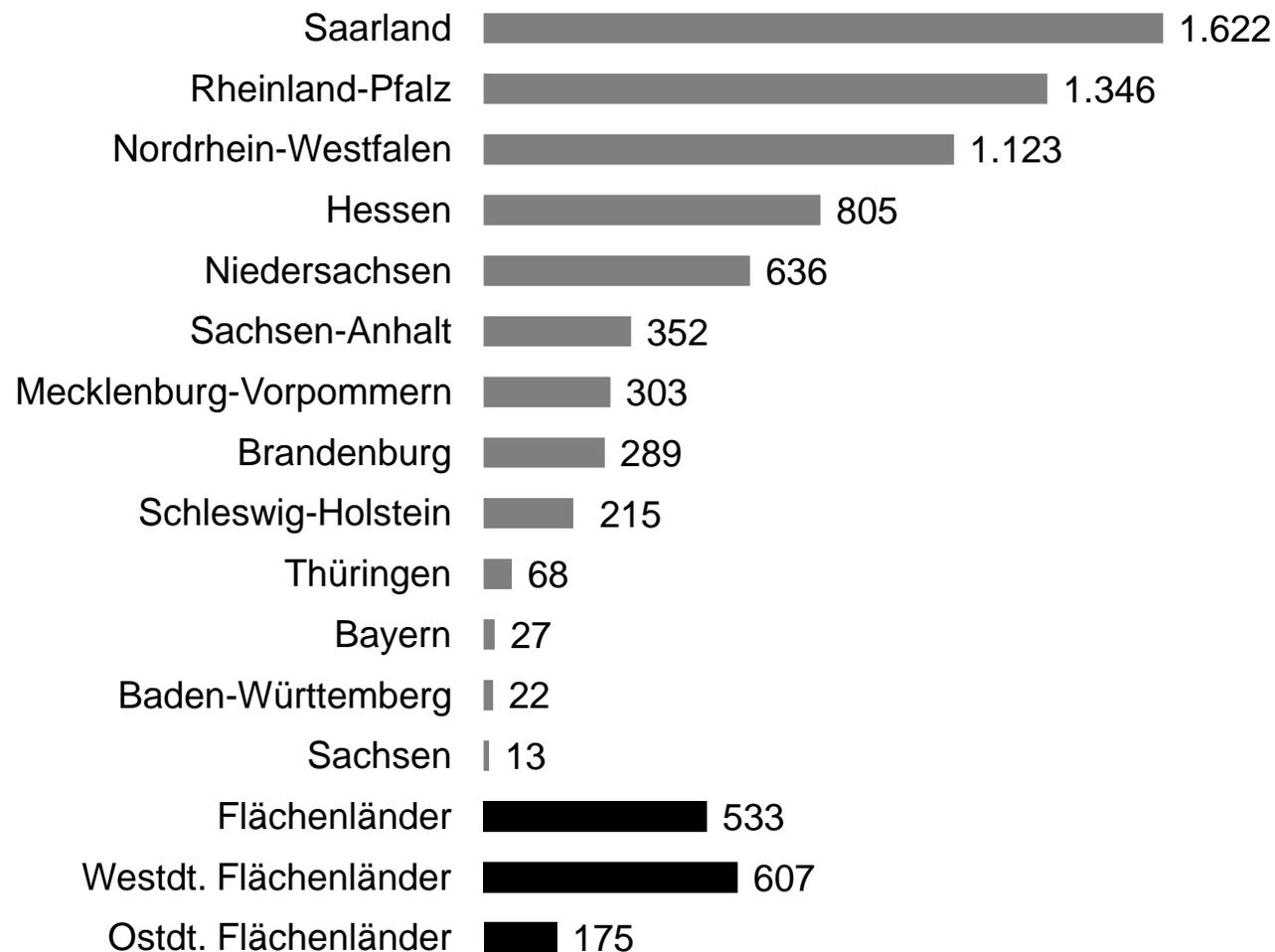


Finanzierungs- saldo

in € je Einwohner
Durchschnitt
1991/2000 und
2001/2010

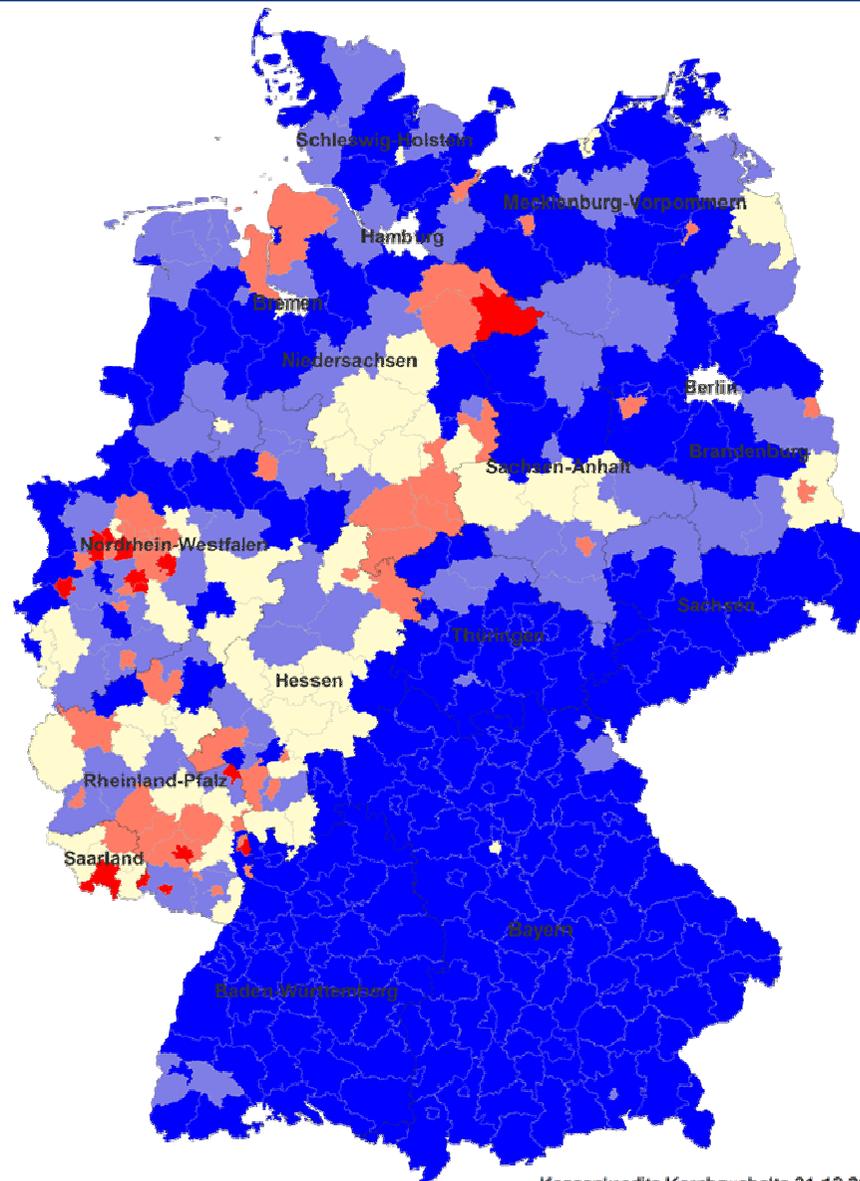


Kassenkredite der gemeindlichen Kernhaushalte am 31.12.2010



Kommunale Kassenkredite 31.12.2009

nach kreisfreien
Städten und Kreisen
in Euro je Einwohner

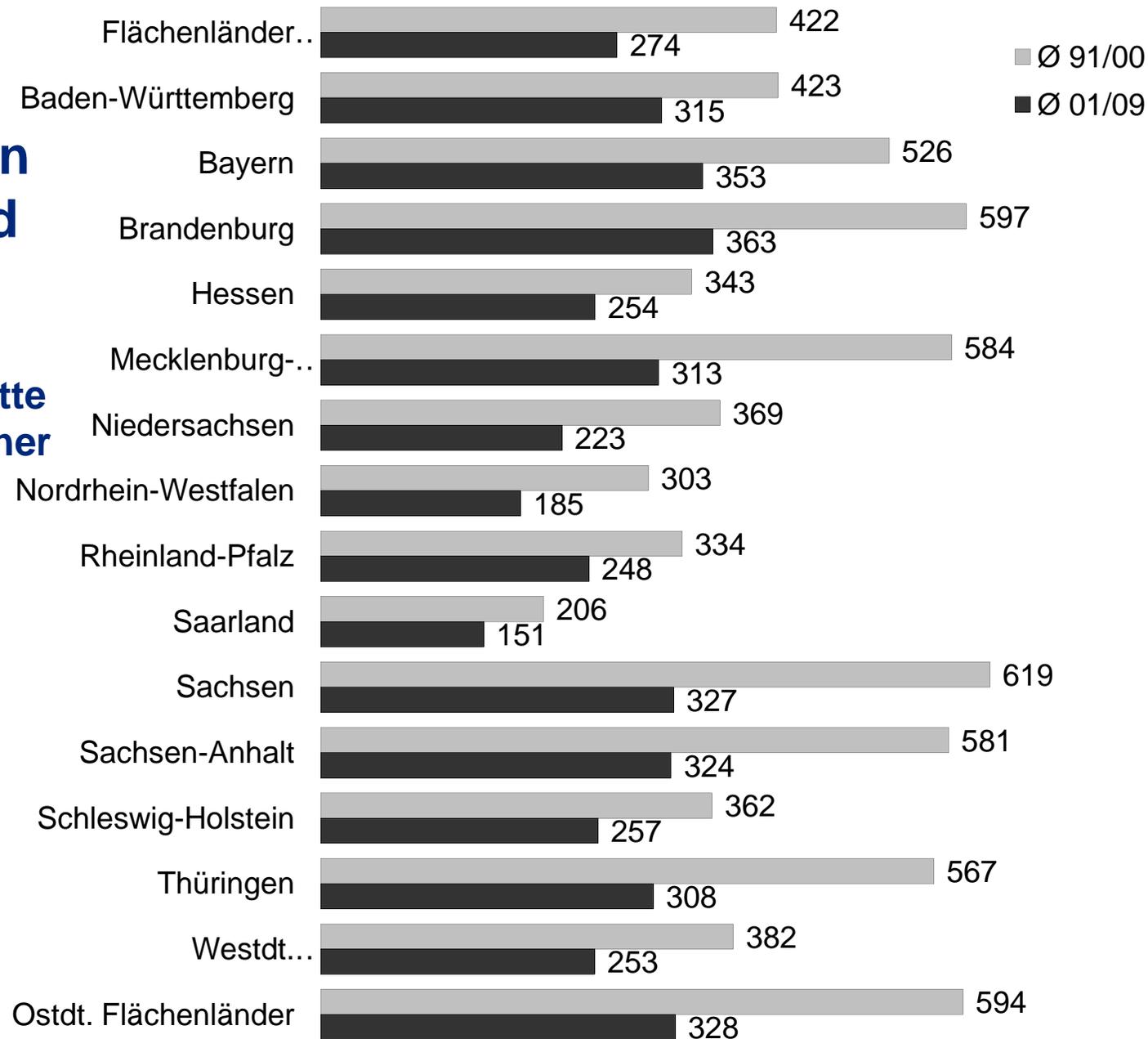


Kassenkredite Kernhaushalte 31.12.2009
kreisfr. Städte u. Kreise in Euro je Einwohner

■	0,00 - < 100,00
■	100,00 - < 500,00
■	500,00 - < 1.000,00
■	1.000,00 - < 2.500,00
■	2.500,00 - < 8.000,00

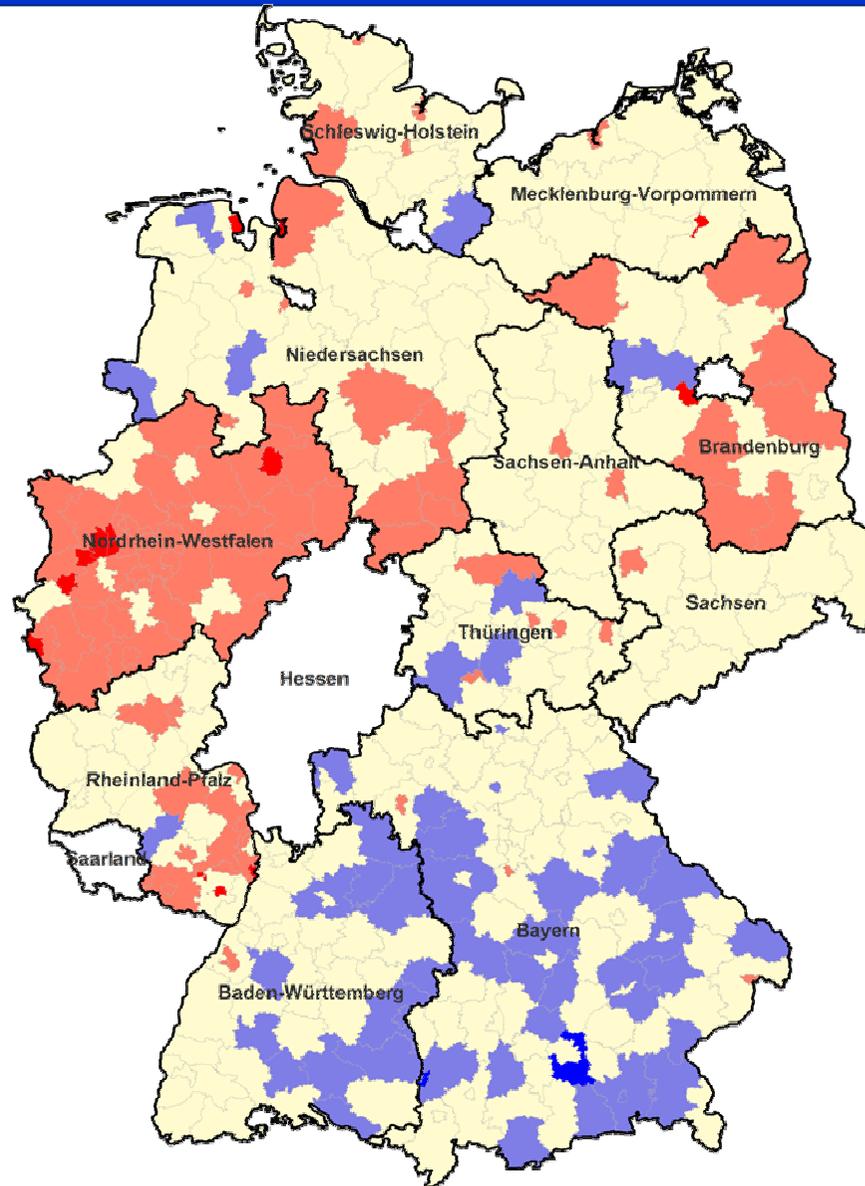
Investitions- aufwendungen 1991/2000 und 2001/2009

Jahresdurchschnitte in Euro je Einwohner



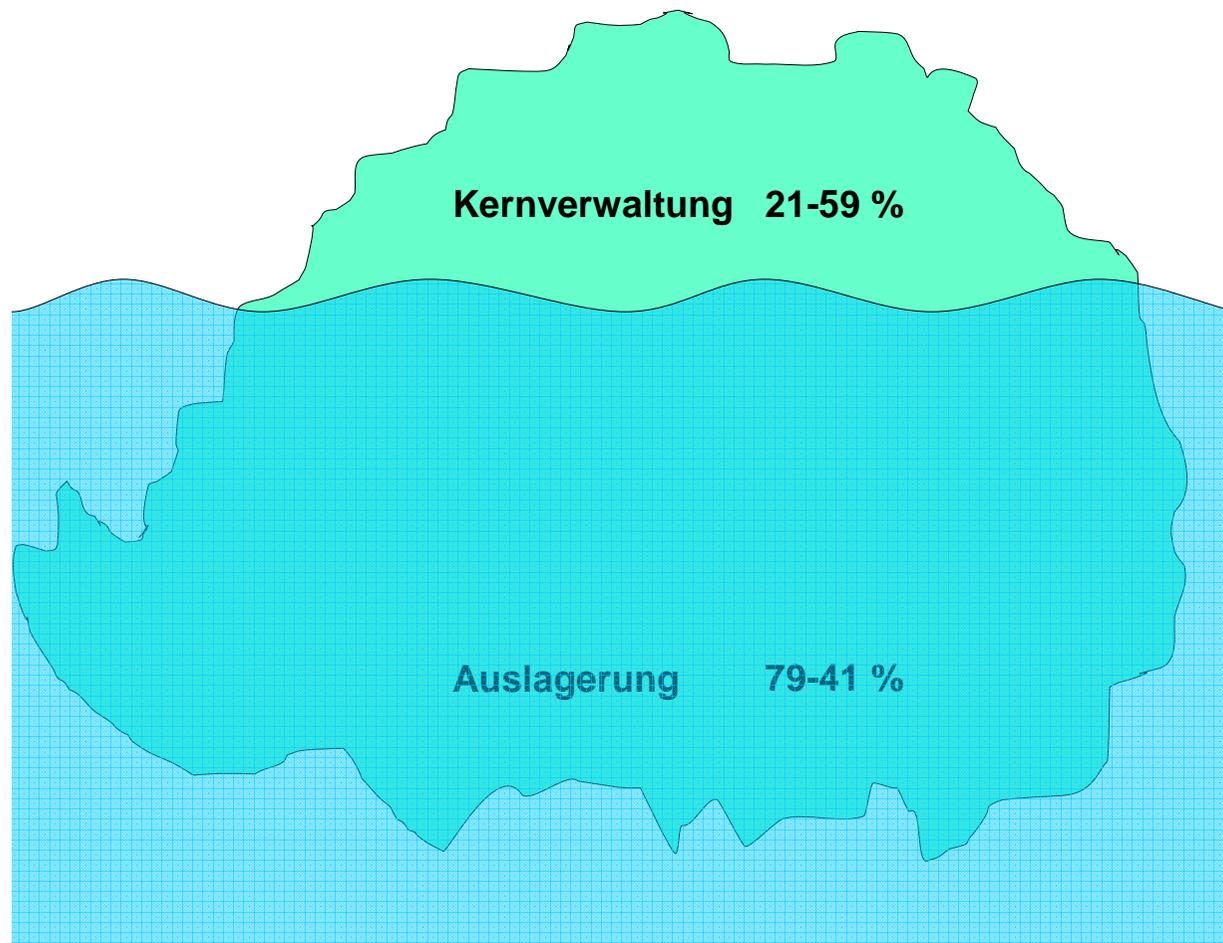
Kommunale Sachinvestitionen 2009

nach kreisfreien
Städten und Kreisen
in Euro je Einwohner



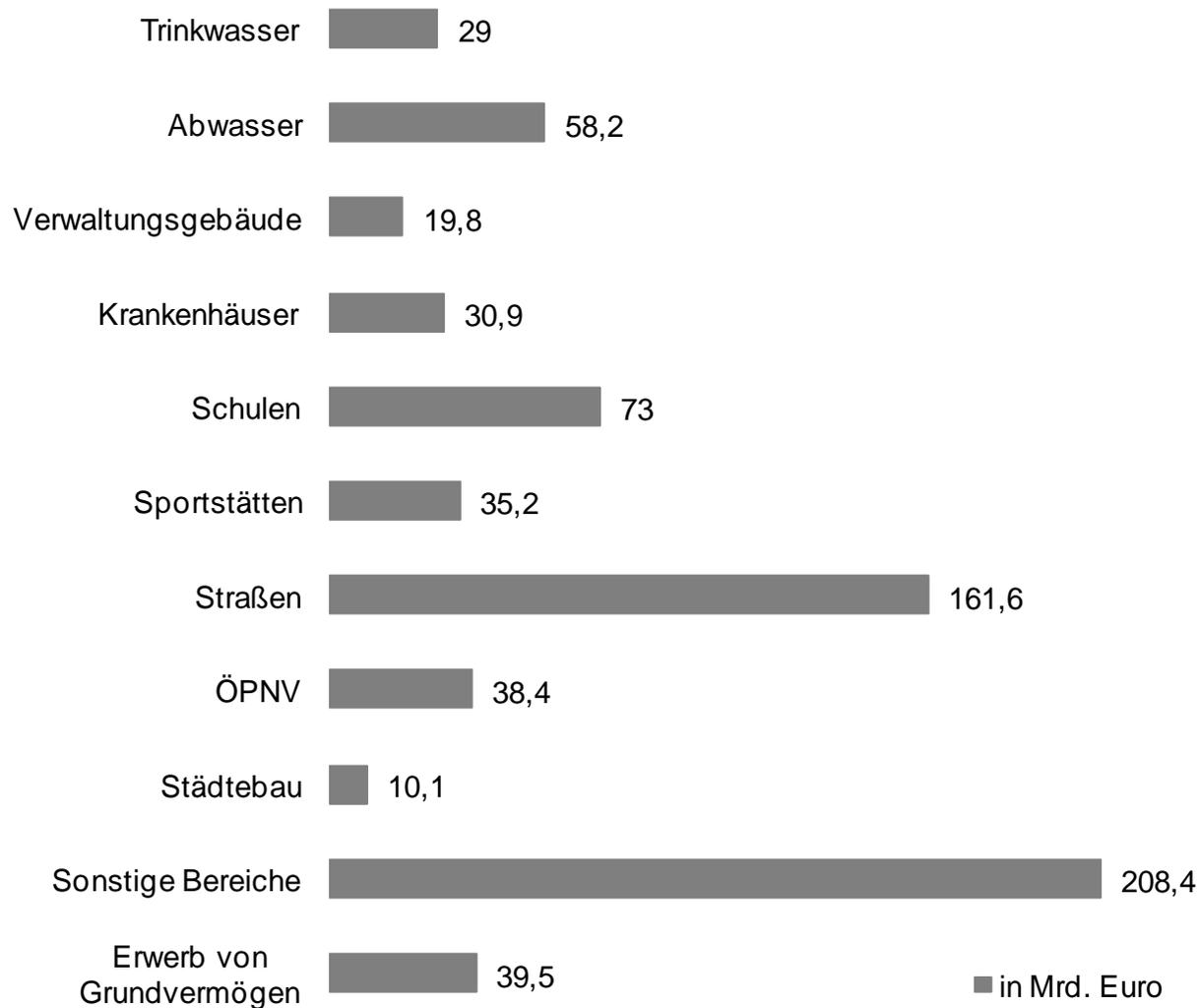
Investitionen: abgetaucht in Auslagerungen*

Sachinvestitionen



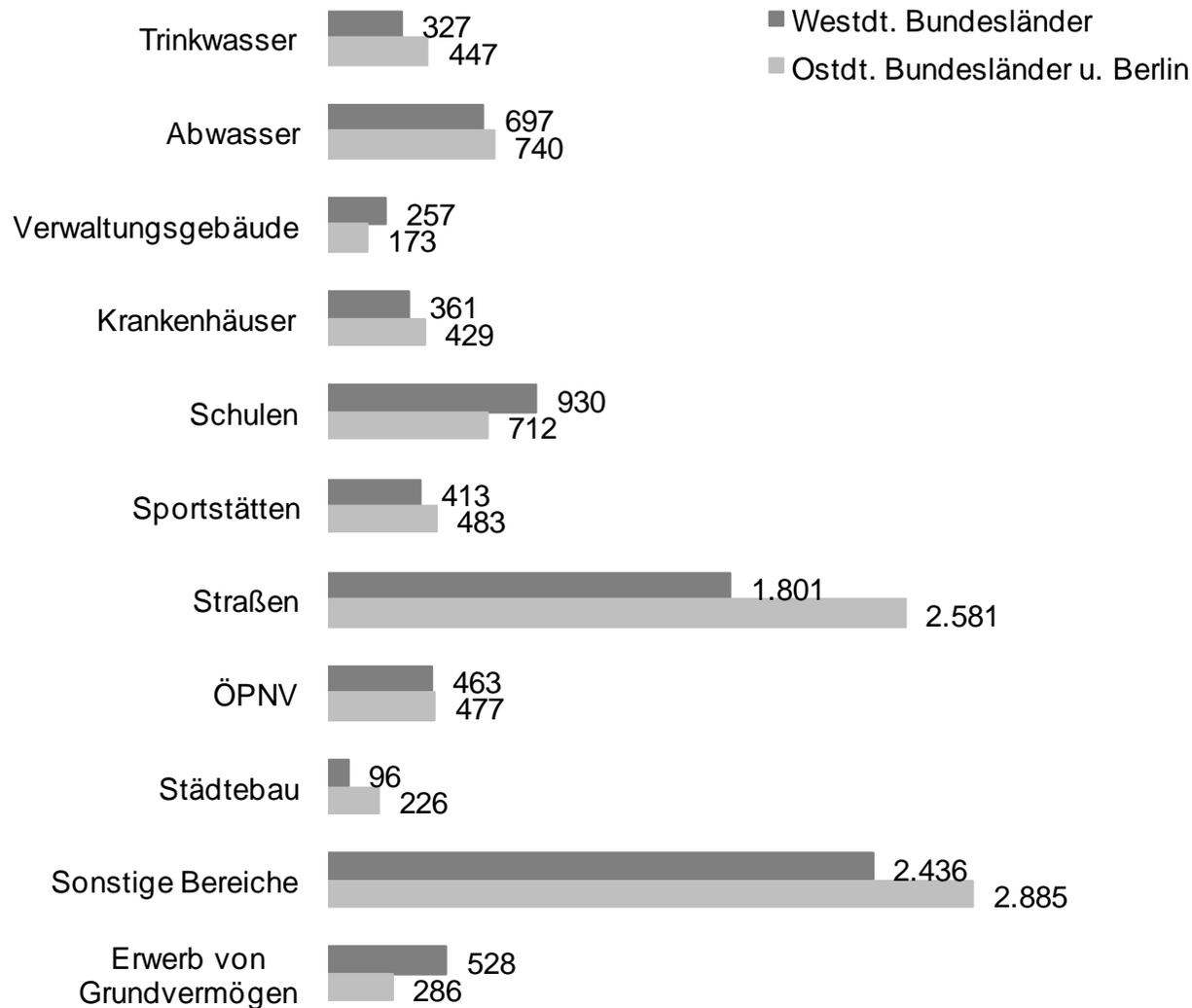
* abhängig
von der
Ortsgröße

Kommunaler Infrastrukturbedarf 2006 bis 2020 in Mrd. Euro



Gesamtwert:
704 Mrd. Euro
(Reidenbach u.a.
[2008], S. 20.)

Kommunaler Infrastrukturbedarf 2006 bis 2020 in Euro je Einwohner



Gesamtwert:
 Westdt. 8.309 Euro/Ew
 Ostdt. 9.439 Euro/Ew
 (Reidenbach u.a.
 [2008], S. 20.)

Kommunale Infrastrukturinvestitionen als Instrument der Krisenbewältigung

- Bund
10 Mrd. Euro in 2009/2010,
Kofinanzierung von Ländern und Gemeinden von mindestens 25 %
überwiegend für kommunale Infrastruktur
- kommunale Investitionen als quantitativ bedeutsamster Ansatzpunkt im öffentlichen Sektor
- hohe kommunale Investitionsbedarfe, aber Finanzierung überwiegend über Verschuldung
- Gefahr eines massiven Investitionseinbruchs ab 2011/12

Programmelemente - die Wirkungskette

1. Schuldaufnahme des Bundes
2. Mittelbereitstellung an die Länder
3. Schuldaufnahme der Länder
4. Weitergabe an die Kommunen (wie? an wen?)
5. Kofinanzierung der Kommunen auch weitgehend über Schuldaufnahme
5. Investitionen in Bildungsinfrastruktur mit energetischem Bezug (65 %)
6. Investitionen in Infrastruktur (35 %), insb. Krankenhäuser, Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV, ländliche Infrastruktur, kommunale Straßen (Lärmschutz, z.B. Ersatz lauter Fahrbahndecken), Informationstechnologie)
7. Investitionskontraktion in 2011/2012
8. positiver Nettonutzen durch Vorzieheffekt

Volkswirtschaftliche Quantitäten der Förderung

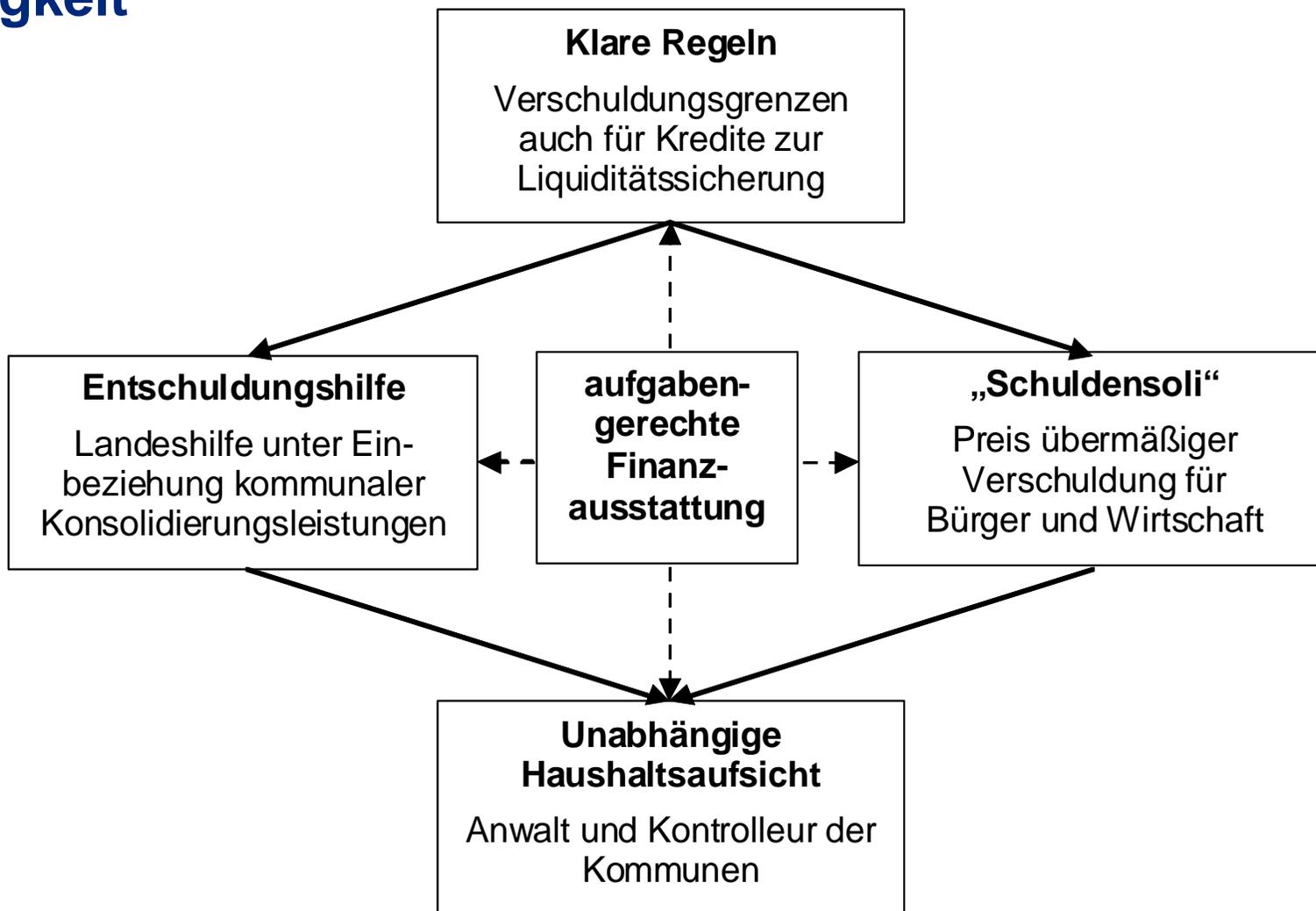
- in den Kernhaushalten der Kommunen werden weniger als 5 % der deutschen Bruttoanlageinvestitionen getätigt
 - > die volkswirtschaftliche Bedeutung wird häufig überschätzt
- kurzfristige Stabilisierungseffekte werden mit mittel- und langfristig wirkenden Nachteilen erkauft
 - > hohe Verschuldung bei Bund, Ländern und Kommunen
 - > abnehmende politische Handlungsfähigkeit
 - > steigende Abgabenbelastung
- Kommunen müssen parallel mit ausgeprägten Mindereinnahmen durch die Konjunkturpakete I+II, die Wiedereinführung der Pendlerpauschale sowie die Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge rechnen
 - > 53,7 % der Investitionsförderung

Sachliche Ausrichtung der Förderung

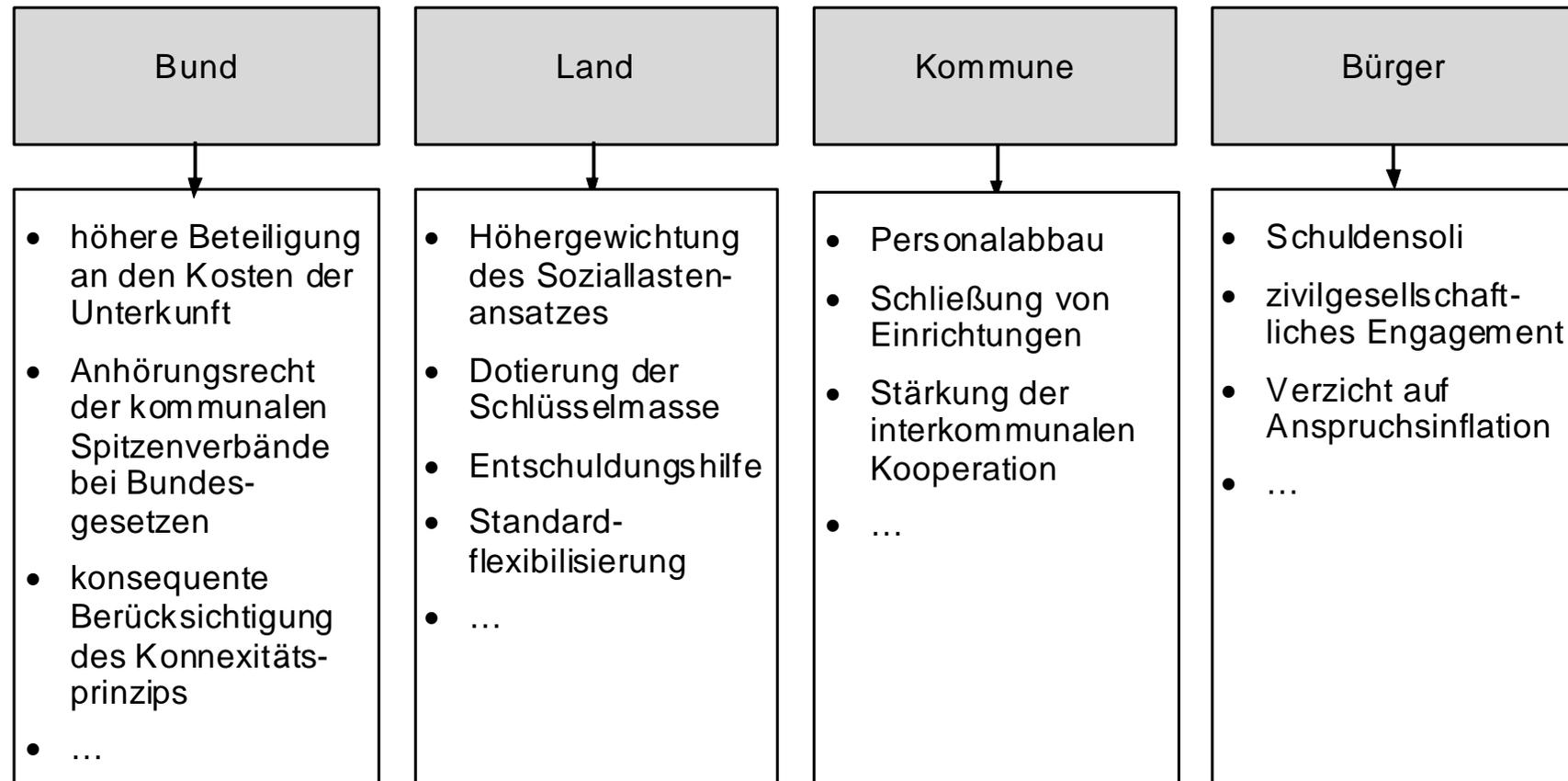
- Bildung und Infrastruktur
- energetische Maßnahmen -> Bundeskompetenz gemäß Art. 104 b GG

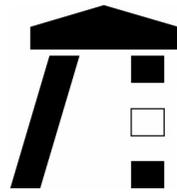
- Zielkonflikt
- 1. Pauschalierung der Mittel wäre von Vorteil, da die Kommunen ihre investiven Nachholbedarfe selbst am besten kennen.
- 2. Auswahl von Investitionsbereichen mit hohen Anstosseffekten wäre konjunkturpolitisch angezeigt.
- 16.03.2009 Föderalismuskommission, Grundgesetzänderung (Art. 104b): In Notsituationen soll der Bund auch ohne Gesetzgebungskompetenz Finanzhilfen gewähren können. Begründung: „Eine Beschränkung auf bestimmte Investitionsbereiche ist ... mit Blick auf das Ziel der Krisenbewältigung nicht sinnvoll.“

Aus der Verschuldung zu nachhaltigen Investitionsfähigkeit



Notwendiges Zusammenspiel der haushaltspolitisch relevanten Akteure Land, Bund, Kommune und Bürger





■ **Univ.-Prof. Dr. Martin Junkernheinrich**

□ Lehrstuhl Stadt-, Regional- und Umweltökonomie

■ an der Technischen Universität Kaiserslautern

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

martin.junkernheinrich@ru.uni-kl.de

www.m-junkernheinrich.de